

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderats der Stadt Lörrach
am Dienstag, 25. Juli 2017

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

- Anwesend: Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender
Bürgermeister Dr. Michael Wilke
- Stadträtinnen und Stadträte: Bachmann-Ade, Bernnat, Claassen, Cyperrek (bis 19.45 Uhr), Denzer, Escher, Glattacker, Heuer (ab 17.10 Uhr), Höfler, Kiefer, Koesler, Krämer, Kurfeß (ab 17.00 Uhr), Lindemer, Lusche, Martin, Oehler, Pichlhöfer, Roßkopf, Salach (bis 20.40 Uhr), Salinas de Huber, Schlecht, Schumacher, Simon, Sommer, Vogel, Dr. Vogelpohl, Werntaler (bis 20.55 Uhr)
- Entschuldigt: Berg, Böhringer, Herzog, Wiesiollek
- Ferner: Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger
Fachbereichsleiterin Buchauer
Fachbereichsleiterin Dr. Held (19.20 bis 20.05 Uhr)
Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić
Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer
Fachbereichsleiter Dullisch
Fachbereichsleiter Kleinmagd
Fachbereichsleiter Sproß (bis 20.40 Uhr)
Frau Williams, Leiterin des Büros des Vorstands
Komm. Fachbereichsleiterin Eyhorn (bis 18.45 Uhr)
Betriebsleiter Droll
Betriebsleiter Schäfer (19.15 bis 20.40 Uhr)
Personalratsvorsitzende Sambale-Lebus
Stellv. Fachbereichsleiterin Kovac (bis 17.15 Uhr)
Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald (18.15 bis 20.40 Uhr)
Frau Tahar, FB Bürgerdienste (bis 17.15 Uhr)
Frau Schmidt, EB Stadtwerke (17.15 bis 20.40 Uhr)
Frau Dr. Schwarz, FB Bürgerdienste (bis 17.15 Uhr)
Herr Dieterle, Jugend/Schulen/Sport (ab 19.15 Uhr)
Herr Lüers, EB Stadtwerke (17.15 bis 20.40 Uhr)
- Urkundspersonen: Stadträte Bernnat und Lindemer
- Schriftführung: Frau Heinze und Herr Ockenfuß
- Zeit: 16.30 bis 21.05 Uhr

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Fraktionen der CDU und der SPD vor dem Einstieg in die Sitzung den ausscheidenden Fachbereichsleitern Annette Rebmann-Schmelzer und Joachim Sproß für ihre Arbeit danken wollen. Stadtrat Lusche übernimmt dies und überreicht im Namen beider Fraktionen den beiden Ausscheidenden Blumen.

TOP 1

Verabschiedung von Stadtrat Matteo Di Prima aus dem Gemeinderat

Der Vorsitzende erklärt, dass Herr Di Prima nicht anwesend sein könne und den Gemeinderat grüße. Der Gemeinderat habe in der vergangenen Sitzung dem Ausscheiden von Herrn Di Prima aus gesundheitlichen Gründen zugestimmt. Er gibt einen Abriss über dessen Amtszeit, seine Mitgliedschaften und seine Person.

TOP 2

Ablehnung der ehrenamtlichen Tätigkeit als Stadträtin von Frau Regina Dombos Vorlage: 141/2017

Der Vorsitzende stellt das Anliegen der Beschlussvorlage vor. Im Gemeinderat besteht kein weiterer Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Ablehnung der ehrenamtlichen Tätigkeit von Frau Regina Dombos wird aus wichtigem Grund gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 5 GemO anerkannt.

TOP 3

Verpflichtung von Frau Sabine Schumacher als Stadträtin

Der Vorsitzende verpflichtet die in den Gemeinderat nachrückende Stadträtin Sabine Schumacher auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten durch Ablegung des offiziellen Gelöbnisses.

Der Gemeinderat heißt das neue Mitglied im Ratsrund willkommen.

Stadtrat Lindemer weist darauf hin, dass Frau Schumacher den Piraten angehöre. Der Vorsitzende erklärt, dass sie jedoch von der Liste der Linken nach dem Ergebnis der Kommunalwahl 2014 in den Gemeinderat nachrücke und dies rechtens sei.

TOP 4

Umbesetzung von Gremien nach dem Ausscheiden von Stadtrat Matteo Di Prima aus dem Gemeinderat

Vorlage: 146/2017

Der Vorsitzende stellt das Anliegen der Beschlussvorlage vor. Im Gemeinderat besteht kein weiterer Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der vorgeschlagenen Umbesetzung der Gremien, entsprechend Anlage 1 der Vorlage, wird zugestimmt.

TOP 5

Standort Anschlussunterbringung

Vorlage: 122a/2017

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein und dankt dem Ortschaftsrat und dem Ortsteil Haagen für das Mittragen der Kompromisslösung.

Bürgermeister Dr. Wilke stellt die aktuelle Lösung sowie die ersten Planungsideen vor (Anlage 1). So solle nun im Bereich Neumatt-Brunnwasser eine provisorische Unterbringungsmöglichkeit für 120 bis 150 Flüchtlinge und am Bächlinweg für 40 bis 60 Flüchtlinge entstehen. Der städtische Anteil an den geschätzten Kosten liege bei 4,5 Mio. EUR für drei Jahre. Die Integrationsarbeit und Betreuung seien wichtig. Vor Ort solle ein Anwohnerbeirat als begleitendes Gremium eingerichtet werden. Er verdeutlicht, dass Integration eine langfristige Aufgabe sei und er die Stadt auf gutem Wege sehe.

Stadträtin Krämer erklärt die mehrheitliche Zustimmung der CDU-Fraktion zur neuen Vorlage. Es sei wichtig gewesen, dass eine breit akzeptierte Lösung gefunden werde. Diese liege nun vor. Die Anschlussunterbringung werde die Stadt weiterhin intensiv begleiten.

Stadtrat Simon freut sich für die SPD-Fraktion und den Haagener Ortschaftsrat über die jetzige Lösung und den Konsens in der Bevölkerung. Er pflichtet bei, dass es sich weiterhin um eine Zukunftsaufgabe für die Stadt handeln werde.

Auch Stadträtin Salinas de Huber freut sich über den Kompromiss und stimmt der neuen Vorlage im Namen der Grünen-Fraktion zu.

Stadtrat Claassen bedauert, dass anfangs nur über Zahlen gesprochen worden sei. Er dankt u.a. dem Freundeskreis Asyl und allen Privatpersonen, die Flüchtlinge unterbringen und betont, dass Sprachkurse wichtig seien. Er stimmt dem vorliegenden Kompromissvorschlag zu und merkt an, dass es auch noch weitere Standorte zu untersuchen gelte.

In diesem Zusammenhang spricht Stadtrat Lusche die Funktion der Ortschaftsräte an. Der Ortschaftsrat Haagen habe sich engagiert in die Debatte eingebracht und einen konstruktiven Beitrag geleistet, die Entscheidung liege aber beim Gemeinderat. Es sei angebracht, über die Form der Wahrnehmung der Vertretung der Stadt- und Ortsteile zu sprechen. Es stelle sich die Frage, wieviel Ortschaftsrat es brauche.

Stadtrat Bernnat weist darauf hin, dass viele Bürger privat Flüchtlinge unterbringen. Hier sei ebenfalls eine Betreuung geboten.

Stadtrat Koesler dankt für die 90 privat untergebrachten Flüchtlinge. Er hält die neue Vorlage ebenfalls für einen guten Vorschlag und werde dieser zustimmen.

Stadtrat Escher sieht aufgrund der Größenordnung eine erschwerte Integration. Aufgrund seiner Erfahrungen in der Basisarbeit werde er der Vorlage nicht zustimmen.

Der Gemeinderat fasst mehrheitlich bei 1 Gegenstimme folgenden Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, alle Möglichkeiten zu nutzen dauerhaften Wohnraum zur Anschlussunterbringung von Flüchtlingen in Lörrach zu schaffen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, am Standort Neumatt-Brunnwasser eine provisorische Einrichtung zur Unterbringung von 120-150 Personen zu planen. Die Belegung erfolgt sukzessiv. Bei entstehenden Problemen wird die weitere Belegung unterbrochen bis die Situation mit dem Anwohnerbeirat geklärt wurde.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Katholischen Kirchengemeinde Lörrach einen Nutzungsvertrag für das Grundstück am Standort Neumatt-Brunnwasser abzuschließen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, am Standort Bächlinweg eine provisorische Einrichtung zur Unterbringung von 40-60 Personen zu planen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Evangelischen Kirchengemeinde Lörrach („Pflege Schönau“) einen Nutzungsvertrag für einen Teilbereich des Grundstücks der Evangelischen Friedensgemeinde (Standort Bächlinweg) abzuschließen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, im Bedarfsfall auch an anderer Stelle im Stadtgebiet mit Grundstückseigentümern Gespräche zu führen und Planungen durchzuführen zur weiteren Schaffung von provisorischen Plätzen für Menschen in der Anschlussunterbringung.

TOP 6

Investitionsplanung 2017-2026 - mündl. Bericht

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor. Es sei Wunsch des Gremiums gewesen, einen Überblick über die städtischen Vorhaben und Prioritäten zu erlangen.

Fachbereichsleiter Kleinmagd erklärt, dass die erste Phase der Haushaltskonsolidierung abgeschlossen sei und nun die Umsetzung anstehe. Die Investitionen können nach jetzigem Stand bis 2021 finanziert werden. Er veranschaulicht die geplanten Investitionen anhand einer Matrix (Anlage 2). Die Rathaussanierung sei als großer Posten eingestellt. Die Sanierung der Kindertagesstätte Guter Hirte müsse geschoben und neu geplant werden. Die gewonnene Zeit müsse genutzt werden um die strukturellen Themen in den kommenden Jahren anzugehen.

Der Vorsitzende dankt für die Vorstellung und weist darauf hin, dass sich die Matrix kontinuierlich ändere.

Stadtrat Lusche hält es für öffentlich schwer vermittelbar, dass man einerseits 11 Mio. EUR Mehreinnahmen verbuche, aber andererseits bspw. über das Abstellen von Brunnen diskutiert werde. Die Haushaltskonsolidierung sei wichtig gewesen sei und das Geld für Investitionen werde dringend benötigt.

Stadtrat Schlecht hält die ungeplanten Mehreinnahmen für erfreulich, gleichwohl gebe es keinen Grund zur Entwarnung. Er bestätigt, dass Unverständnis für die Bürgerschaft. Er sei auf den Haushaltsentwurf sowie die Finanzplanung gespannt.

Nach Auffassung von Stadträtin Kurfeß waren die Sparmaßnahmen erforderlich, eine dauerhafte Stabilisierung der Einnahmenseite sei jedoch ebenfalls wichtig. Daher solle über eine Erhöhung der Gewerbesteuer diskutiert werden.

Stadtrat Claassen bestätigt, dass die Haushaltskonsolidierung wichtig war. Er dankt für die Übersicht, die zeige, welche großen Herausforderungen anstünden.

Der Vorsitzende hält eine Gewerbesteuererhöhung gegenwärtig nicht für erforderlich. Der Weg der Haushaltskonsolidierung sei richtig gewesen. Er dankt dem Rat für dessen Begleitung hierbei.

TOP 7

Areal "Alte Weberei Conrad"

Vorlage: 118/2017

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić erläutert das Wettbewerbsverfahren für die Bebauung des Areals Conrad und veranschaulicht den Entwurf von K9-Architekten (Anlage 3).

Der Vorsitzende erklärt, dass das Ergebnis erfreulich sei, eine gute Dichte der Wohnbebauung und eine städtebauliche Qualität aufweise. Hieran zeige sich, dass ein Wettbewerb mit Mehrfachbeauftragung Sinn mache und sich lohne.

Stadtrat Kiefer erklärt die Zustimmung zum Vorhaben und, dass ihm der Entwurf ebenfalls gefalle. Er appelliert daran, an die vielen entfallenden Parkplätze zu denken und eine adäquate Lösung zu finden.

Stadtrat Schlecht äußert, dass der Wegfall der kostengünstigen Parkplätze auf der innerstädtischen Fläche des Conrad-Areals allen bewusst gewesen sein müsse. Er hält den erfolgten Wettbewerb für sinnvoll und das Ergebnis für gelungen und wünscht Erfolg bei den Grundstücksverkäufen an das Landratsamt und die Städtische Wohnbau.

Stadträtin Salach unterstützt ebenfalls den Beschlussvorschlag. Sie weist ergänzend darauf hin, dass die Erkenntnisse der Gutachten in Sachen Umwelt- und Artenschutz in die Detailverhandlungen einfließen sollten.

Stadtrat Claassen freut sich über den Erweiterungsbau des Landratsamtes in Lörrach sowie die Schaffung neuen Wohnraumes. Er bedauere jedoch den Verzicht auf ein zweites Parkdeck. Die öffentliche Nutzung der Landratsamtsparkplätze solle an den Wochenenden möglich sein und in das Parkleitsystem aufgenommen werden. Zudem müssten alternative Parkflächen sowie Park-and-Ride-Plätze geschaffen werden.

Aufgrund der ungelösten Parkplatzsituation sowie der Verkehrsanbindung über die Bergstraße, werde sich Stadtrat Pichlhöfer bei der Abstimmung enthalten.

Der Vorsitzende bemerkt, dass aktuell ca. 400 Parkplätze vorhanden seien und die An- und Ausfahrt bereits über die Bergstraße erfolge. Da künftig nur noch die Hälfte an Fahrzeugen verkehren werde, sollte dies kein Problem sein.

Auf Anmerkung von Stadtrat Dr. Vogelpohl teilt Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić mit, dass die Wohnbau mit dem Architekturbüro noch an der Wirtschaftlichkeit der Wohnungsgrundrisse arbeiten werden.

Stadträtin Cyperrek lobt die Schnelligkeit des Vorhabens. Sie fragt, wer den EU-weiten Planungswettbewerb zahle. Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić teilt mit, dass der städtische Kostenanteil 30.000 EUR betrage und komplett gefördert werde.

Hinsichtlich des schnellen Vorgehens weist der Vorsitzende darauf hin, dass sich die Fläche im städtischen Eigentum befinde.

Stadträtin Kurfeß betont die Wichtigkeit der Wohnraumschaffung. Hier sei auch an die Menschen zu denken, die nach Lörrach zuziehen werden.

Stadtrat Koesler merkt an, dass Wohnraum bezahlbar bleiben müsse. Die Pläne seien schlüssig und er hoffe auf eine positive Umsetzung.

Hierauf fasst der Gemeinderat einstimmig bei 2 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Lörrach nimmt das Ergebnis des Preisgerichts vom 11.05.2017 im Wettbewerbsverfahren „Areal Conrad“ zu Kenntnis und beschließt die Arbeit von K9-Architekten als Grundlage zur Bebauung des Areals „Weberei Conrad“.

Die Verwaltung wird ermächtigt, auf Grundlage des Entwurfs von K9-Architekten die weiteren Schritte zur Grundstücksveräußerung und der Planung zu beschreiten. Über die Ergebnisse ist jeweils zeitnah zu berichten und sie sind dem Gemeinderat zum Beschluss vorzulegen.

TOP 8

Zollquartier Lörrach Riehen

Vorlage: 083a/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor. Das Vorhaben Zollquartier Lörrach-Riehen sei das wichtigste IBA-Projekt der Stadt und werde zudem als Premiumprojekt mit Bundesmitteln gefördert.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić veranschaulicht das Projekt (Anlage 4). Sie stellt dar, dass eine Erweiterung der Projektperimeter möglich sei und bspw. auch die Auswirkungen des zusätzlichen S-Bahn-Halts Zentralklinikum untersucht werden könne.

Der Vorsitzende erteilt Hrn. Spittler/IG Verkehr aus der Zuhörerschaft das Wort, der u.a. die Tramverlängerung sowie Machbarkeitsstudien anspricht.

Der Vorsitzende geht hierauf ein. Im Hauptausschuss habe er auf ein ähnliches Vorhaben in der Stadt Ulm verwiesen. Verglichen mit den dortigen Kosten stelle die Tramverlängerung in Lörrach eine Investition von 70 Mio. EUR netto zzgl. der Betriebskosten dar. Fördermittel seien bei diesem Betrag bereits berücksichtigt. Ob die Projektförderung auch die Erstellung einer Tram-Studie umfasse, werde geprüft. Er wünsche sich eine abschließende Klärung der Themen Tramverlängerung und Bahntieferlegung.

Auch Bürgermeister Dr. Wilke äußert sich zu den angesprochenen Studien. Aktuell sei keine Machbarkeitsstudie geplant. Die C14-Studie habe lediglich das Thema Tramverlängerung angerissen. Hiernach sehe der Gutachter eine kurze Tramverlängerung über die Grenze hinweg als rentabel an, jedoch darüber hinaus nicht.

Stadtrat Dr. Vogelpohl betont, dass es keine Verpflichtung zur Ausgabe der gesamten Fördersumme gebe. Er hofft, dass beide S-Bahn-Haltepunkte Zentralklinikum und Zollquartier, geschaffen werden können. Er persönlich halte auch das Thema Tram für eine spannende Vision.

Stadtrat Schlecht erklärt, dass das Vorhaben die Stadt lange begleiten werde, man sich die Fördermittel aber auch nicht entgehen lassen dürfe. Er spricht sich dafür aus, an die Verknüpfung aller Verkehrswege zu denken und den planerischen Blick bis zum Bahnhof Stetten zu richten.

Stadtrat Wernthaler bitte darum, in der Gesamtbetrachtung den Hauptbahnhof nicht außer Acht zu lassen, der zur ursprünglichen Projektidee gehört habe. Zudem sei die Gestaltung der Basler Straße bis zum Aichele-Knoten mitzudenken. Er erkundigt sich des Weiteren nach dem Sachstand der Bebauung Stetten-Süd/Stettenfeld Riehen.

Stadtrat Claassen hält das Projekt für spannend. Er wisse jedoch nicht, ob zwei neue Bahnhaltunkte machbar seien. Er hofft auf die Machbarkeitsstudie zur Prüfung der Mobilitätsdrehscheibe in Stetten.

Stadtrat Koesler hält den Fokus auf die Tramverlängerung und eine Erweiterung in Richtung Stettener Bahnhof für sinnvoll. Er hofft darauf, mit einer Studie Zahlen zu erhalten, die ihm in der Beschlussvorlage fehlen würden.

Stadtrat Oehler weist darauf hin, dass mit dem Projekt eine wichtige städtebauliche Entwicklung angestoßen werde. Zudem werde sich die gesamte Stadt entwickeln. Daher sei an eine geänderte Mobilitätserschließung zu denken und die Chance der Abklärung zu nutzen.

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass der Förderzeitraum bis 2021 begrenzt sei.

Bürgermeister Dr. Wilke stellt nochmals klar, dass man aktuell keine Machbarkeitsstudie über eine Tramverlängerung bis zum Entenbad vorgesehen habe.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić erläutert, dass der Hauptbahnhof zum Projekt „Aktive Bahnhöfe“ gehöre und in das Vorhaben Postareal eingebunden werde. Des Weiteren teilt sie mit, dass ein Riehener Ratsvertreter an der Prämierung des Projektes in Berlin teilgenommen habe und die Gemeinde dahinter stehe. Im kommenden Jahr finden in Riehen Neuwahlen statt, man stehe jedoch im gegenseitigen Kontakt.

Stadtrat Pichlhöfer sieht einen breiten Konsens zum Projekt, welches weitsichtig gedacht werden müsse. Er merkt an, dass man sich nicht auf die Schweizer Seite verlassen solle.

Sodann fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Sachstand zur Kenntnis und beschließt, den kommunalen Förderanteil für das Förderprogramm Nationale Projekte des Städtebaus 2017, über maximal 2,645 Mio. Euro (entspricht einem Drittel der Gesamtkosten) für die Haushaltsjahre 2017 bis 2021 zur Verfügung zu stellen.

TOP 9

Bewerbung der Stadt Lörrach für den Ideenwettbewerb "Quartier 2020" des Ministeriums für Soziales und Integration BW mit dem Schwerpunkt altersgerechte Quartiersentwicklung Vorlage: 109/2017

Der Vorsitzende führt in die Thematik der Beschlussvorlage ein.

Bürgermeister Dr. Wilke erläutert kurz die Inhalte der Vorlage und die Vorteile der altersgerechten Quartiersentwicklung.

Stadtrat Escher bedankt sich bei der Seniorenbeauftragten Frau Hammler für die Vorlage und signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU. Er sagt, dass er auf die Höhe des Zuschusses gespannt sei.

Stadtrat Oehler signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD. Die Maßnahmen im Rahmen der Quartiersentwicklung würden eine Stärkung des sozialen Gefüges in der Stadt bedeuten.

Stadträtin Martin signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen. Sie freue sich über den Zuschuss im Rahmen der Förderung durch das Ministerium für Soziales und Integration des Landes Baden-Württemberg.

Stadtrat Pichlhöfer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler und bedankt sich bei der Seniorenbeauftragten Frau Hammler für die Vorlage.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Bewerbung der Stadt Lörrach am Ideenwettbewerb "Quartier 2020" des Ministeriums für Soziales und Integration BW wird zugestimmt.

TOP 10

Einrichtung der Grabenstraße (einschließlich Senser Platz) zur Fußgängerzone Vorlage: 137/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und erklärt, dass die Debatte um die Einführung einer Fußgängerzone in der Grabenstraße hohe Wellen geschlagen habe.

Bürgermeister Dr. Wilke erläutert die Vorhaben der Stadt hinsichtlich der Erhebung von Gebühren für Ausnahmegenehmigungen zum Befahren der Fußgängerzone. Wer in die Fußgängerzone einfahren wolle, beispielsweise als Anwohner, müsse die hierfür erforderliche Berechtigung vorlegen können. Private Parkplätze im Bereich Grabenstraße müssten zu jeder Zeit anfahrbar sein. Ob es Kundenparkplätze für die ortsansässigen Geschäfte geben werde, werde derzeit noch geprüft.

Stadtrat Escher gibt an, dass die Fraktion der CDU keine einheitliche Meinung vertrete. Man werde der Vorlage voraussichtlich mehrheitlich zustimmen. Er sei der Meinung, dass die Einrichtung einer Fußgängerzone den Bereich Grabenstraße aufwerte. Über die Errichtung von Pollern könne auch noch später beraten werden. Er befürworte Kontrollen durch den Gemeindevollzugsdienst. Ziel sei es, die Ost-West-Verbindung durch die Grabenstraße zu unterbinden.

Stadträtin Cyperrek weist darauf hin, dass man schon seit rund fünf Jahren über die Grabenstraße diskutiere. Die Einrichtung einer Fußgängerzone sei absolut richtig. In der Zukunft müssen indes an geeigneter Stelle Poller errichtet werden. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage zustimmen.

Stadträtin Salach signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen. Auch sie halte die Errichtung von Pollern für notwendig. Auch über eine Reduzierung des Busverkehrs müsse sich die Verwaltung frühzeitig Gedanken machen.

Stadtrat Lindemer erklärt, dass die Fraktion der Freien Wähler der Vorlage nicht zustimmen wolle. Die Entwicklung vor Ort, insbesondere die Entwicklung des Postareals, sei nicht absehbar. Diese Entwicklungen müssten abgewartet werden. Die Stadt müsse ohnehin sparen und könne sich derartige sinnlose Investitionen nicht leisten.

Stadtrat Koesler erklärt, dass er mit den in der Vorlage genannten baulichen Aspekten nicht zufrieden sei. Er könne verschiedene Aspekte der Vorlage nicht nachvollziehen, gerade in Bezug auf geplante Bushaltestellen und Bordsteinerhöhungen.

Stadtrat Lusche verweist auf den gültigen Beschluss des Gemeinderats hinsichtlich der Einrichtung der Fußgängerzone. Er könne sich in der Sache jedoch auch eine Lösung ohne Poller vorstellen.

Stadtrat Claassen signalisiert, dass die Fraktion der Freien Wähler die Einrichtung einer Fußgängerzone befürworte. Allerdings sei die Fraktion nicht mehrheitlich für eine Einführung der Fußgängerzone zum jetzigen Zeitpunkt. Es brauche bisher noch keine Poller und die Stadt könne sich die Investition von 50.000,00 Euro sparen. Dem geplanten Zwischenschritt zur Einrichtung einer Fußgängerzone ohne Poller könne er nicht folgen.

Stadtrat Pichlhöfer ergänzt, dass für die Einrichtung einer Fußgängerzone Poller absolut notwendig seien.

Bürgermeister Dr. Wilke stellt klar, dass es der Vorschlag der Verwaltung gewesen sei, die Einrichtung einer Fußgängerzone zum aktuellen Zeitpunkt abzulehnen, weil noch zu viele Fragen offen geblieben seien. Jetzt müsse man mit den Problemen umgehen und für diese Lösungen finden. Die Verwaltung habe einen klaren Auftrag erhalten und wolle diesen auch umsetzen.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Stadt investieren müsse, um die Grabenstraße in Zukunft rechtssicher als Fußgängerzone auszuweisen. Für die Verkehrsteilnehmer müsse sich die Grabenstraße auch optisch als Fußgängerzone darstellen.

Der Gemeinderat fasst sodann, bei 22 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und einer Enthaltung, mehrheitlich den folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Umwandlung der Grabenstraße sowie des Senser Platzes zur Fußgängerzone mithilfe der vorgestellten Maßnahmen (sh. Anlage V und Seite 3 der Beschlussvorlage) zu.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Planung und Ausschreibung der Maßnahmen durchzuführen. Eine Inbetriebnahme der Fußgängerzone wird zum 15. Oktober 2017 angestrebt.

TOP 11

Antrag der CDU-Fraktion - Mehr "grün" - im Hebelpark

Vorlage: 124/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Stadtrat Lusche führt aus, dass er nach den Vorberatungen zu der vorliegenden Thematik um verbale „Abrüstung“ bitten wolle. Er wolle den vorgelegten Antrag gerne abgestimmt haben. Er halte den neugestalteten Hebelpark nicht für eine totale Fehlplanung. Jedoch halte er ihn in einigen Punkten für verbesserungswürdig. Der Antrag habe zu einer nochmaligen Prüfung möglicher Verbesserungspotenziale, gerade hinsichtlich der Bepflanzung, anregen wollen.

Stadtrat Schlecht hält den Antrag der Fraktion der CDU für überlebt. Die Aufenthaltsqualität im neu gestalteten Hebelpark sei gewiss nicht unzureichend. Die Planung des Parks sei gemeinsam mit dem Gemeinderat auf den Weg gebracht worden. Der Hebelpark habe sich sehr gut entwickelt und sei insgesamt deutlich aufgewertet worden.

Stadtrat Wernthaler hält den neu gestalteten Hebelpark für einen Erfolg. Der Antrag der Fraktion der CDU sei vorschnell gestellt worden.

Stadtrat Claassen gibt an, dass der Antrag der Fraktion der CDU nicht schlecht gemeint war. Man müsse an der Thematik dran bleiben. Das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion in der Sache kenne er nicht.

Stadträtin Kurfeß befindet, dass der neu gestaltete Hebelpark gut gelungen sei. Die neu angelegte Grünbepflanzung benötige eben Zeit zum Anwachsen.

Stadtrat Pichlhöfer vertritt die Meinung, dass der Hebelpark sehr wichtig für die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt sei. Er regt an, den zugeschütteten Brunnen künftig mit Blumen zu bepflanzen, um den Park weiter aufzuwerten.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat mehrheitlich bei 11 Nein-Stimmen und einer Enthaltung den folgenden Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 09. Mai 2017 auf Starten einer Initiative zur Erhöhung der Grünanteile, auf Werbung für die Überarbeitung des Pflanzkonzepts sowie auf Starten einer öffentlichen Spendenaktion durch die Verwaltung soll nicht weiter verfolgt werden.

TOP 12

Stadtbusverkehr Varianten Linie 8

Vorlage: 090/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Eigenbetriebsleiter Droll erläutert die wesentlichen Inhalte der vorliegenden Beschlussvorlage.

Im Folgenden äußert sich die Bürgerin Frau Wippert, die die Haltestelle an der Dualen Hochschule für nicht notwendig hält.

Stadtrat Lusche erkundigt sich hinsichtlich des weiteren Vorgehens. Er wolle wissen, ob der Gemeinderat die verschiedenen Varianten lediglich zur Kenntnis nehme oder ob er sich auch für eine Variante entscheiden könne.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass der Verwaltung ein Auftrag zur Formulierung verschiedener Varianten vorgelegen habe.

Der Vorsitzende ergänzt, dass dem Gemeinderat nach der Sommerpause in der Sache ein konkreter Beschlussvorschlag vorgelegt werde.

Stadtrat Schlecht führt aus, dass die Fraktion der SPD die Vorlage zur Kenntnis nehmen wolle und eine entsprechende Beschlussvorlage der Verwaltung zur Entscheidung abwarte.

Es folgt eine kurze Aussprache.

Sodann nimmt der Gemeinderat den Bericht des Eigenbetriebs Stadtwerke zur Kenntnis.

TOP 13

Umbau, Sanierung und Erweiterung der Alten Schule Haagen zur Kindertagesstätte Planung und Kostenberechnung Vorlage: 104/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Planung für Umbau, Sanierung und Erweiterung der Alten Schule Haagen zur Kindertagesstätte wird zugestimmt. Die Kostenberechnung des Architekturbüros Moser Architekten, Lörrach in Höhe von 3,39 Mio. € wird genehmigt.

TOP 14

Vergabe von Lörracher Sportstätten an auswärtige Vereine und Nutzer Vorlage: 120/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Die neuen Regelungen zur Miet- und Entgeltordnung finden ab dem Schuljahr 2017/2018 ab dem 1. August 2017 Anwendung.

TOP 15

KAMEL-ion Schülercafé Campus - Sanierung und Umbau durch Bürgerstiftung / Leistungsvereinbarung mit CVJM für 2018 ff Vorlage: 131/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Dem einmaligen Investitionszuschuss in Höhe von 80 000,- Euro (städtischer Zuschussanteil) zur Sanierung des Schülercafés Kamel-ion wird als außerplanmäßige Ausgabe zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt mit dem CVJM Lörrach e.V. eine Leistungsvereinbarung zum Betrieb des Schülercafés für die Jahre 2018 bis 2022 abzuschließen. Das Leistungsentgelt hierfür wird auf 36 000,- Euro/jährlich festgelegt.

TOP 16

Sachstandsbericht Neue Finanzstruktur der betreuten Freizeit an Grundschulen - mündl. Bericht

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Fachbereichsleiter Sproß stellt anhand einer Präsentation die Entwicklungen hinsichtlich der neuen Finanzstruktur der betreuten Freizeit an den Grundschulen in Lörrach vor (Anlage 5).

Es folgt eine kurze Aussprache. Sodann nimmt der Gemeinderat den mündlichen Bericht zur Kenntnis und spricht sich dafür aus, das neue System wie beschlossen im kommenden Schuljahr zu starten und evaluieren zu lassen.

TOP 17

Änderungen bei der Abwassersatzung und der Wasserversorgungssatzung

Vorlage: 100/2017

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Die Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Lörrach über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung – AbwS) wird wie in Anlage A der Vorlage dargestellt beschlossen (Anlage 6).
2. Die Satzung zur 3. Änderung der Satzung der Stadt Lörrach über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage und die Versorgung der Grundstücke mit Wasser (Wasserversorgungssatzung – WVS) wird wie in Anlage B der Vorlage dargestellt beschlossen (Anlage 7).

TOP 18

Antrag der Fraktion der Freien Wähler zur Situation des Fachbereichs Recht/Stiftungen/Baurecht - mündl. Bericht

Fachbereichsleiterin Dr. Held stellt die Arbeit des Bereichs Baurecht vor, für den sie seit Jahresbeginn verantwortlich sei (Anlage 8). Sie geht auf die personelle Besetzung, mögliche Probleme aus der Sicht von Antragstellern, Bauherren oder Bürgern und die angedachten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation ein.

Der Vorsitzende berichtet, dass eine Organisationsuntersuchung mit externer Begleitung stattgefunden habe. Die Beratungsfirma habe die kritischen Punkte im Blick gehabt und Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit anderen Kommunen mitgebracht. Er appelliert

an die Ratsmitglieder, konkrete Beanstandungen oder wahrgenommene Kritik in Einzelfällen direkt der Verwaltung rückzumelden.

Stadtrat Claassen erklärt, dass der Antrag aufgrund zugetragener Unzufriedenheiten und der unveröffentlichten Kundenbefragung gestellt worden sei. Den Fraktionen sei ein Exemplar der Befragungsergebnisse ausgehändigt worden und die Schwachstellen erkennbar. Nun sei der Blick nach vorn zu richten.

TOP 19

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

19.1

Bürgermeister Dr. Wilke informiert, dass die Bauarbeiten am Aichele-Knoten ab dem 2. August 2017 beginnen.

19.2

Bürgermeister Dr. Wilke teilt mit, dass die Feuerwehr einen Zuschuss für die neue Drehleiter von 188.000 EUR erhält.

19.3

Der Vorsitzende erinnert die Fraktionen an die zeitnahe Rückmeldung der jeweiligen Teilnehmer für die Kommissionssitzung in Chester am 19./20. September 2017, für die Fahrt nach Meerane vom 21.-23. Oktober 2017 sowie die Besichtigung des neuen Hotels am 1. September 2017.

19.4

Der Vorsitzende erinnert, dass ab dem 1. September 2017 die ortsübliche Sitzungsbekanntgabe der Stadt Lörrach nur noch über das Internet erfolge. Der Aushang im Ratshausschaukasten erfolge weiterhin, jedoch lediglich im Sinne eines Service-Angebots.

19.5

Der Vorsitzende nutzt die Gelegenheit am Sitzungsende, um die ausscheidenden Fachbereichsleiter Annette Rebmann-Schmelzer und Joachim Sproß zu verabschieden und diesen zu danken.

Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer dankt dem Gemeinderat für die Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

TOP 20
Allgemeine Anfragen

20.1

Stadträtin Kurfeß verliest einen Antrag der Fraktion der Grünen (Anlage 9) hinsichtlich der Prüfung des Arbeitsaufwandes und des sich daraus ergebenden Stellenkontingents der drei Beiräte (Behindertenbeirat, Seniorenbeirat und Internationale Kommission).

TOP 21
Fragestunde der Einwohner/innen

keine

TOP 22
Offenlegungen

Der Gemeinderat nimmt von nachstehenden Offenlegungen Kenntnis:

- 22.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Lörrach am 18. Mai 2017
- 22.2 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Lörrach am 29. Juni 2017
- 22.3 Information des FB Straßen/Verkehr/Sicherheit vom 3. Juli 2017 zum Lärmaktionsplan, Maßnahmen der Lärminderung in der Belchenstraße
- 22.4 Information des FB Bürgerdienste vom 13. Juli 2017 über die neugewählten Mitglieder des Behindertenbeirates der Stadt Lörrach

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: